



Frankfurter Allgemeine Zeitung

## **Europaplatz Frankfurt: Europäische Staatsverschuldung?**

Die gemeinschaftliche europäische Schuldenaufnahme soll zum Dauerzustand werden. So äußern sich zumindest viele Politiker, vornehmlich aus hoch verschuldeten Mitgliedsländern der Europäischen Union. Eingekleidet wird dieser Wunsch in Vorschläge zur Verlängerung des Wiederaufbaufonds „NextGeneration EU“. Zur Erinnerung: Der im Jahr 2021 eingerichtete Wiederaufbaufonds umfasst eine Summe von damals real 723 Milliarden Euro, mittlerweile sind daraus inflationsbedingt gut 800 Milliarden Euro geworden. Über 90 Prozent dieser Summe wurden bereits von den EU-Staaten beantragt, davon etwas mehr als die Hälfte als nicht rückzahlbare Zuschüsse. Mit Spanien und Italien erhalten zwei große EU-Länder fast 50 Prozent der Mittel. Relativ zur Wirtschaftsleistung sind die Leistungen für Griechenland mit etwa 20 Prozent am bedeutsamsten. Die Zweckbindung der Mittel ist recht eklektisch. Von den obligatorischen Themen Klimaschutz und Digitalisierung bis hin zum sozialen Zusammenhalt sind außer der Verteidigung so ziemlich alle Staatsaufgaben dabei. Die Mittel wurden gemeinschaftlich über die Europäischen Institutionen am Kapitalmarkt aufgenommen.

Dass sich die Rufe nach einer Verlängerung des Programms häufen, liegt zu einem daran, dass die Gelder mittlerweile zugeteilt sind. Der fiskalische Impuls, also die Veränderung des konjunkturellen Antriebs aus der Staatstätigkeit heraus, ist für die meisten Volkswirtschaften bereits in diesem Jahr negativ – was allerdings nur bedeutet, dass nicht jedes Jahr immer mehr staatliche Mittel fließen. Schlimmer noch: Ab 2028 sollen die aufgenommenen Gelder getilgt werden. Hierzu gibt es gegenwärtig nicht mehr als vage Ideen, ohne eigenständige Einnahmen der EU würden die Staatshaushalte hierdurch jedoch in jedem Fall belastet. Die konsolidierte Schuldenquote des Euroraums ist zwar in den vergangenen beiden Jahren um etwa zehn Prozentpunkte auf knapp 90 Prozent gesunken, die hierfür verantwortliche Überraschungsinflation aus 2022 ist allerdings nicht wiederholbar. Außerdem sind in diesen Zahlen die etwa vier Prozentpunkte Neuverschuldung durch den Wiederaufbaufonds selber nicht enthalten. Dazu kommt eine gefährliche Spreizung der Schuldenquoten im Euroraum. Mit Frankreich, Italien, Spanien, Belgien und Griechenland hat sich eine Gruppe hoch verschuldeter Länder herausgebildet, die bei verschlechterten Kapitalmarktbedingungen schnell in Refinanzierungsschwierigkeiten kommen können.



**Makro Research**  
**Montag, 3. Juni 2024**

Die Belastungen der Staatshaushalte durch die demographische Entwicklung, durch Ausweitung von Zuständigkeiten und durch steigende Zinsen werden in den kommenden Jahren stark zunehmen. Der nächste Krach in der Finanzetage des europäischen Hauses ist damit programmiert. Mit den Politikvorstößen in Richtung permanenter EU-Verschuldungskapazitäten werden viele fundamentale Fragen aufgeworfen, vom staatsrechtlichen Charakter der Union über die Selbstfinanzierung von Staatsverschuldung durch Wachstum bis hin zur angemessenen Finanzierung der generationenübergreifenden Klimainvestitionen. Zu viele Grundsatzfragen, um sie mal eben durch die Hintertür des europäischen Wiederaufbauprogramms beantworten zu können.

**Autor:**

Chefvolkswirt Dr. Ulrich Kater; DekaBank, Makro Research; Tel. (0 69) 71 47 - 28 49; E-Mail: economics@deka.de

**Internet:** <https://deka.de/deka-gruppe/research>

**Impressum:** <https://deka.de/deka-gruppe/impressum>

**Rechtliche Hinweise:**

Diese Darstellungen inklusive Einschätzungen wurden von der DekaBank nur zum Zwecke der Information des jeweiligen Empfängers erstellt. Die Informationen stellen weder ein Angebot, eine Einladung zur Zeichnung oder zum Erwerb von Finanzinstrumenten noch eine Empfehlung zum Erwerb dar. Die Informationen oder Dokumente sind nicht als Grundlage für irgendeine vertragliche oder anderweitige Verpflichtung gedacht. Sie ersetzen keine (Rechts- und / oder Steuer-)Beratung. Auch die Übersendung dieser Darstellungen stellt keine derartige beschriebene Beratung dar. Alle Angaben wurden sorgfältig recherchiert und zusammengestellt. Die hier abgegebenen Einschätzungen wurden nach bestem Wissen und Gewissen getroffen und stammen aus oder beruhen (teilweise) auf von uns als vertrauenswürdig erachteten, aber von uns nicht überprüfbaren, allgemein zugänglichen Quellen. Eine Haftung für die Vollständigkeit, Aktualität und Richtigkeit der gemachten Angaben und Einschätzungen, einschließlich der rechtlichen Ausführungen, ist ausgeschlossen. Die enthaltenen Meinungsäußerungen geben die aktuellen Einschätzungen der DekaBank zum Zeitpunkt der Erstellung wieder, die sich jederzeit ohne vorherige Ankündigung ändern können. Jeder Empfänger sollte eine eigene unabhängige Beurteilung, eine eigene Einschätzung und Entscheidung vornehmen. Insbesondere wird jeder Empfänger aufgefordert, eine unabhängige Prüfung vorzunehmen und/oder sich unabhängig fachlich beraten zu lassen und seine eigenen Schlussfolgerungen im Hinblick auf wirtschaftliche Vorteile und Risiken unter Berücksichtigung der rechtlichen, regulatorischen, finanziellen, steuerlichen und bilanziellen Aspekte zu ziehen. Sollten Kurse/Preise genannt sein, sind diese freibleibend und dienen nicht als Indikation handelbarer Kurse/Preise. **Die frühere Wertentwicklung ist kein verlässlicher Indikator für die künftige Wertentwicklung.** Diese Informationen inklusive Einschätzungen dürfen weder in Auszügen noch als Ganzes ohne schriftliche Genehmigung durch die DekaBank vervielfältigt oder an andere Personen weitergegeben werden.